



FAIRER HANDEL – STOPP MERCOSUR

Österreich wird sich das erste Mal gegen ein neoliberales Handelsabkommen stellen: Die österreichische Regierung wird im EU-Rat gegen das MERCOSUR-Abkommen stimmen. Und weil das Einstimmigkeitsprinzip gilt, werden wir es zu Fall bringen, sobald es vorgelegt wird.

Ein Handelsabkommen wie jenes zwischen der EU und den südamerikanischen MERCOSUR-Staaten zeigt, wie wichtig es ist, dass Österreich jetzt handelt und nicht klein beigibt. Es ist ein Abkommen, das die Exporte der europäischen Autoindustrie fördert, im Austausch gegen Agrarimporte aus dem Amazonasgebiet. Es ist ein Abkommen, bei dem europäische Autos und Maschinen zollfrei nach Südamerika gelangen können – dafür importiert die EU Rindfleisch und Soja, erzeugt auf gewaltigen Plantagen in Argentinien und Brasilien.

Genauer gesagt: Es ist ein Abkommen, das die Rodungen des Amazonas-Regenwaldes, welche bereits ein Rekord-Ausmaß erreicht haben, noch weiter unterstützen und sogar fördern würde. Ein derartiges Abkommen wäre nicht lediglich eine Niederlage im Kampf gegen die Klimakrise – es wäre das größte Abholzungsabkommen der Welt, das ökologisch katastrophalste Abkommen der Welt und das klimaschädlichste Abkommen der Welt.

Genau aus diesem Grund wird Österreich seiner Verantwortung im Kampf gegen die Klimakrise gerecht werden, sich das Einstimmigkeitsprinzip der EU zunutze machen und gegen das MERCOSUR-Abkommen stimmen. Das Klima-Killer-Abkommen wird also fallen.

Obwohl die Herausforderungen unserer Zeit globale Dimensionen annehmen, ist unsere Politik noch immer zum Großteil national organisiert. Die Liste internationaler Organisationen und Abkommen scheint fast unendlich lang zu sein, aber die entscheidenden Bausteine, aus denen sie sich zusammensetzen, sind die Nationalstaaten. Sie sind unser Mittel, um Widerstand gegen Großkonzerne und ihre Lobbys zu leisten, die die EU-Politik derzeit viel zu stark prägen. Sie sind unser Werkzeug, um das Klima vor Ausbeutung zu schützen, um regionale Märkte zu stärken und um international hohe Sozialstandards einzuführen und abzusichern. Weil wir schnell handeln müssen, um die Klimakrise bewältigen zu können, sind sie aktuell unsere einzige Möglichkeit, neoliberale Freihandelsabkommen zu verhindern.

Solche Freihandelsabkommen wie das MERCOSUR-Abkommen sind aber nur eine von vielen Herausforderungen unserer Zeit. Sie reichen von der Klimakrise über das Artensterben bis hin zur historisch beispiellosen Machtkonzentration internationaler Konzerne. Diese Herausforderungen wirken auf den ersten Blick überwältigend, doch für all diese Probleme gibt es Lösungen: es braucht eine proeuropäische, ökologische und sozial nachhaltige Politik.

Es braucht eine Politik, die vereint und über Ländergrenzen hinwegsieht, eine Politik, bei der man gemeinsam an einem Strang zieht beim Kampf gegen die Klimakrise und der Schaffung von fairen Handelsabkommen auf allen Ebenen. Es braucht den Willen zu einer solidarischen, sozialen und ökologisch-nachhaltigen Zukunft für alle.

Als langfristiges Ziel muss Europa sicherstellen, dass Unternehmen sowohl innerhalb als auch außerhalb der EU hohe Standards erfüllen. Multinationale Unternehmen müssen verpflichtet werden, in ihrer gesamten Lieferkette sicherzustellen, dass ihre Geschäftstätigkeit nicht gegen Menschenrechte oder nachhaltige Entwicklungen verstößt.

Es braucht internationale Regelungen, welche nicht nur Unternehmen schützen, sondern vor allem auch Betroffene vor Verletzung menschenrechtlicher, sozialer und umweltrelevanter Verpflichtungen durch transnationale Unternehmen. Die EU muss für einen Handel sorgen, der soziale Gerechtigkeit, faire Produktions- und Arbeitsbedingungen sowie Menschenrechte unterstützt.

Es ist an der Zeit, dass wir an Fair-Trade-Abkommen arbeiten, die die Rechte von Arbeitnehmer*innen, Landwirt*innen und Verbraucher*innen, den Tierschutz sowie den Schutz der Gesundheit stärken – und nicht mehr Großkonzerne und ihre Lobbys unterstützen.



Michel Reimon ist Grüner Abgeordneter zum Nationalrat.